



Das **soziale**  
Deutschland.

Beschluss des SPD-Parteivorstandes am 1. September 2008

## **Aufstieg durch Bildung – Chancengleichheit und wirtschaftlicher Wohlstand**

**Beste Bildung für Alle ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Der Bildungsstand entscheidet über individuelle Lebensperspektiven, berufliche Möglichkeiten und gesellschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen. Bildung ist für die Persönlichkeitsentwicklung eines jeden Menschen unersetzlich. Die SPD steht deshalb für ein leistungsstarkes, sozial gerechtes und durchlässiges Bildungssystem.**

Unsere Ziele sind Chancengleichheit in der Bildung und Aufstieg durch Bildung für Alle. Dies zu erreichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Bund, Länder und Gemeinden sowie Unternehmen, Verbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung stehen. Alle staatlichen Ebenen sind im Rahmen ihrer Zuständigkeiten gefordert, Kindern und Jugendlichen einen guten Start in ein erfülltes Leben zu ermöglichen. Das ist zugleich die beste Zukunftsvorsorge für gesellschaftlichen Wohlstand und ein gutes Zusammenleben.

Wissen und umfassende Bildung werden immer wichtiger. Unser Land braucht in Zukunft mehr gut ausgebildete und hoch motivierte Fachkräfte. Bereits heute klagen einzelne Branchen über eine Fachkräftelücke, vor allem bei Berufsgruppen mit technisch-naturwissenschaftlichem Hintergrund. Der demografische Wandel und die steigenden Anforderungen an die Qualifikation der Beschäftigten in den wissensintensiven Industrien und Dienstleistungen im globalen Wettbewerb werden diese Tendenz weiter verstärken. Investitionen in die Bildung sind deshalb entscheidend für unseren zukünftigen Wohlstand.

Für den Einzelnen ist Bildung über seinen gesamten Lebensverlauf nicht nur unentbehrlich, um in der sich wandelnden Arbeitswelt Schritt zu halten und die eigenen Beschäftigungsfähigkeit abzusichern. Sie ist auch die Voraussetzung, um sich in einer immer komplexer werdenden Welt zu orientieren.

Notwendig sind dafür sowohl Wissen und praktische Fertigkeiten als auch soziale Fähigkeiten und Kompetenzen. Zudem kommt es für die Zukunft unseres demokratischen Gemeinwesens darauf an, Grundorientierungen und Kompetenzen zu vermitteln, damit alle ihre Rolle als aktive Bürgerinnen und Bürger in unserer Gesellschaft wahrnehmen können.

Eine gute Bildung ist somit das wichtigste Startkapital, das wir unseren Kindern mit auf den Weg in ihr Leben geben können. Deshalb ist das Eintreten für Chancengleichheit und für einen gerechten Zugang Aller zu Bildung, zu Ausbildung und zu beruflichen Chancen das Markenzeichen sozialdemokratischer Bildungspolitik.

Das deutsche Bildungssystem ist noch weit davon entfernt, wirkliche Teilhabegerechtigkeit zu gewährleisten. Nach wie vor bestimmt die soziale Herkunft in viel zu hohem Maß über die Bildungsbeteiligung und den Bildungserfolg. Das müssen wir ändern. Ohne Bildung für Alle sind der soziale Frieden und der Wohlstand der Gesellschaft gefährdet.

Ziel unserer Bildungspolitik ist es, jedem Kind und Jugendlichen die beste Förderung zuteil werden zu lassen. Keiner darf verloren gehen. Alle haben ein Recht auf individuelle Förderung und auf eine zweite Chance im Bildungssystem.

Jeder Mensch sollte unabhängig von seiner Herkunft und den damit verbundenen finanziellen oder kulturellen

Ressourcen die Möglichkeit erhalten, entsprechend seinen Fähigkeiten und Bedürfnissen (aus)gebildet zu werden. Das gilt für alle Bildungsstationen von der Kindertagesstätte über die Schule, die Berufs- und Hochschulbildung bis hin zur Weiterbildung. Bildung ein Leben lang – auch nach der aktiven Berufstätigkeit – ist wichtig und notwendig in einer sich schnell entwickelnden Gesellschaft.

Bildung sollte uns mehr wert sein als bisher. Mit einer unzulänglichen Finanzierung lassen sich die Herausforderungen nicht meistern. Die SPD setzt klare Prioritäten zugunsten der Bildungspolitik und wird stärker in das Bildungssystem investieren.

Die absehbare demografische Entwicklung führt zu erheblichen Rückgängen bei der Zahl der Kinder im schulpflichtigen Alter (2005 - 2015 um 1,6 Mio. = 13,5 %). Dies entspricht rechnerisch Minderausgaben von rund 8 Mrd. Euro im Jahr 2015. Die Länder verpflichten sich, die freiwerdenden Ressourcen effizient für Angebotserweiterungen und qualitative Verbesserungen im Bildungssystem zu nutzen. Die SPD wird darauf hinwirken, dass der Bund diese finanzielle Prioritätensetzung durch gezielte Maßnahmen unterstützt.

Der Staat hat die Aufgabe, ein qualitativ hochwertiges Bildungswesen von der Frühförderung bis zum Lernen im Alter zu garantieren. Die SPD steht für den gebührenfreien Zugang zur Bildung – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Für uns bleiben Chancengleichheit, freier Zugang, Bildung als öffentliches Gut in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung Leitideen, an denen sich Bildungspolitik orientieren muss.

## I. Frühkindliche Bildung

Je früher Kinder gefördert werden, desto besser gelingt ihnen der Start in eine erfolgreiche Schullaufbahn und ein erfolgreiches Leben. Bildung muss deshalb so früh wie möglich ansetzen. Wer eine gute Kindertagesstätte besucht, ist besser vorbereitet auf die späteren Anforderungen.

Mit qualitativ hochwertigen Kindertagesstätten (Kitas) können schon früh herkunftsbedingte Benachteiligungen ausgeglichen werden. Insbesondere sozial benachteiligte Kinder und solche aus Migrantenfamilien können davon stark profitieren.

Auch wenn in den letzten Jahren durch das politische Drängen der SPD beim Ausbau der Kitas bereits viel erreicht worden ist, hat Deutschland im internationalen Vergleich immer noch großen Nachholbedarf im frühkindlichen Bereich. Im Vergleich zu den späteren Bildungsstationen ist gerade die frühe Bildungsphase immer noch unterfinanziert und nicht für alle Kinder zugänglich. Dort, wo die SPD in Regierungsverantwortung steht, haben wir bereits erfolgreich umgesteuert und verstärkt in die frühe Förderung investiert.

### 1. Rechtsanspruch und Beitragsfreiheit ab 2013

- Bereits in der rot-grünen Regierungszeit haben wir damit begonnen, die Kinderbetreuung bundesweit erheblich auszubauen und zu verbessern. Ab 2013 wird es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr geben. Das hat die SPD gegen den Widerstand der Union durchgesetzt. Für Kinder unter drei Jahren wird das Angebot an Krippenplätzen auf 750.000 verdreifacht. Damit steht jedem Kind, wenn die Eltern es wünschen, ein Krippenplatz ab dem ersten Lebensjahr zur Verfügung.
- Wir bauen die sozialen Hürden für den Zugang zur frühen Bildung ab. In Ländern wie Berlin und Rheinland-Pfalz haben wir es bereits geschafft, dass für kein Kind im letzten Jahr vor der Einschulung Gebühren für den Kita-Besuch gezahlt werden müssen. Aber gerade die ersten Jahre in der Kindertagesstätte sind prägend für die spätere Lernfähigkeit von Kindern. Wir wollen deshalb die Eltern von den Kita-Gebühren entlasten. Parallel zum zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinbarten Ausbau wird die SPD dafür sorgen, dass der Besuch einer Kindertagesstätte für alle Kinder von eins bis sechs schrittweise bis 2013 beitragsfrei gestellt wird. Dies erfordert bundesweit ca. 3 Mrd. Euro (Einjährige bis Schuleintritt). Der Bund wird sich an diesen Kosten substantiell beteiligen.

### 2. Erzieherinnen und Erzieher besser aus- und weiterbilden

- Erzieherinnen und Erzieher leisten in Deutschland eine wichtige Arbeit mit Kindern. Wir wollen diese gute Arbeit erhalten und weiter stärken. Die Qualität der frühkindlichen Bildung ist entscheidend von der Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher abhängig. Die SPD wird daher für eine bessere Aus- und Weiterbildung für Erzieherinnen und Erzieher sorgen, auch unter Einbeziehung des Meister-BAföG. Akademische

Ausbildungen – gerade im Leitungsbereich von Betreuungseinrichtungen – sind ein notwendiger Schritt. Die Hochschulbildung muss auch für ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher offen sein. Wir wollen sowohl den grundständigen Ausbildungsweg über die Fachschule als auch die Möglichkeit der Fachhochschulausbildung fördern und damit auch den Beruf der Erzieherin bzw. des Erziehers durch Bildungsaufstieg attraktiver machen.

### 3. Sprachkompetenz früh fördern

- Viele Kinder weisen zum Zeitpunkt des Schuleintritts Defizite in ihrer Sprachentwicklung auf. Die deutsche Sprache aber ist unverzichtbares Rüstzeug für die spätere Schullaufbahn der Kinder. Die Jahre vor der Einschulung müssen deshalb für eine intensive Sprachförderung genutzt werden. Rechtzeitig vor der Einschulung ist die Sprachkompetenz festzustellen. Die erforderliche Sprachförderung muss flächendeckend und bedarfsgerecht angeboten werden.
- Die SPD wird das Qualifizierungsangebot im Bereich Sprach–erwerb von Kindern durch geschultes Personal ausbauen, denn vor allem Kinder mit Migrationshintergrund haben deutliche Nachteile, wenn sie sich nicht genügend auf Deutsch verständigen können.

### 4. Individuelle Förderung in kleineren Gruppen

- Ein besserer Betreuungsschlüssel erlaubt es, Talente der Kinder zu entdecken und zu fördern und Startschwierigkeiten auszugleichen. Für eine bessere individuelle Förderung ist das Ziel der SPD, einen Betreuungsschlüssel von höchstens vier Kindern je Erziehungsperson bei Unterdreijährigen und höchstens acht Kindern pro Erziehungsperson im Kindertagesstättenbereich einzuführen.

### 5. Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen

- Wir bauen Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren um. In diesen frühpädagogischen Einrichtungen werden nicht nur Kinder gefördert und bekommen bessere Bildungschancen. Auch die Erziehungs- und Problemlösungskompetenz der Eltern kann in Zusammenarbeit mit den Eltern verbessert werden. Allen Müttern und Vätern sollte eine passgenaue und wirkungsvolle Unterstützung zur Verfügung stehen.
- Die SPD will das zusätzliche ehrenamtliche Engagement vor allem von Seniorinnen und Senioren unterstützen. Sie können zum Beispiel in Vorlesestunden oder Gesprächen mit den Kindern in der Kita ihre Erfahrung, ihr Wissen und ihre Zeit einbringen und damit die pädagogische Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher unterstützen.

## II. Schule

Eine erfolgreiche Schulbildung ist die Voraussetzung für die individuelle Entwicklung und das spätere Fortkommen der Kinder und Jugendlichen. Deswegen müssen wir die Schulabbrecherquote deutlich reduzieren und insgesamt mehr Schülerinnen und Schüler zu höheren Schulabschlüssen führen. Das starr gegliederte Schulwesen, das die Kinder schon früh auf unterschiedlich anspruchsvolle Bildungswege verteilt, trägt zur sozialen Spaltung der Gesellschaft bei. Die SPD setzt sich auf allen Ebenen für ein modernes und zukunftsfestes Schulsystem ein.

### 1. Länger gemeinsam lernen

- Unser Schulsystem muss deutlich durchlässiger werden. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen können. Die SPD wird sich daher für den Ausbau von integrativen Schulformen stark machen.
- Die Hauptschule kann ihren Auftrag unter den sich verändernden Rahmenbedingungen nicht mehr erfüllen. Wir wollen die Hauptschule als Schultyp abschaffen und in neue Strukturen überführen.
- Wir brauchen eine bessere Verzahnung von vorschulischer und schulischer Bildung sowie Ausbildung und Studium.
- Die SPD wird die Berufsorientierung verbindlich in allen allgemeinbildenden Schulen einführen und für mehr Beratung beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Studium sorgen. Dafür wollen wir die Partnerschaft von Schule und Wirtschaft weiter stärken.

### 2. Individuelle Förderung erfordert mehr Investitionen in die Schule

- Wir brauchen finanzielle Mittel für erweiterte pädagogische Angebote (z.B. Sozialarbeit).

- Wir streben kleinere Klassen und mehr Personal für individuelle Förderungsmöglichkeiten an.
- Weitgehende Lernmittelfreiheit und gezielte Unterstützung bei der Anschaffung von Schulzubehör im Rahmen der Sozialgesetzgebung sind wichtige Beiträge zur Chancengleichheit. Kinder aus einkommensschwächeren Familien brauchen zusätzliche Unterstützung, um das schulische Angebot ohne finanzielle Hürden in Anspruch nehmen zu können. Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Bund zukünftig für bedürftige Kinder im Rahmen eines Schulmittelbedarfs-Paketes die Kosten für die Ausstattung mit Schulmaterialien übernimmt.
- Wir wollen, dass mehr Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen zur Schule gehen. Sie sollen in der Regelschule ihre behinderungsgerechte Förderung erhalten.
- Die Länder sorgen für eine zeitgemäße Lehrerausbildung, zu der auch ein starker Bezug zur schulischen Praxis gehört.

### 3. Flächendeckend Ganztagsschulen einführen

- Die SPD setzt sich für einen flächendeckenden Ausbau von Ganztagsschulen ein. In Ganztagsschulen können Schülerinnen und Schüler durch die erweiterte Lernzeit und eine veränderte Lernkultur besser gefördert werden. Gleichzeitig helfen Ganztagsschulen Eltern, Beruf und Familie besser zu vereinbaren.
- Wir brauchen qualitativ gute schulische Ganztagsangebote mit mehr gezielter Förderung und guten Freizeitangeboten. Eine gute Ganztagsschule braucht zusätzliches qualifiziertes Personal. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch der Bund den weiteren Ausbau der Ganztagsschulen unterstützt, indem er beispielsweise ein Programm zur begleitenden Schulsozialarbeit an Ganztagsschulen im Rahmen der Jugendhilfe auflegt.
- Ein gutes Mittagessen muss für die Schülerinnen und Schüler gewährleistet werden. Die Länder stellen sicher, dass alle Kinder an diesem Mittagessen teilnehmen können.
- Gute Ganztagsschulen müssen durch eine deutliche Ausweitung der Ferienbetreuung ergänzt werden.
- Ganztagsschule ist auch die große Chance eine neue Schulkultur zu verankern, die Schule für ihr Umfeld öffnet und das Zusammenarbeiten von Schule und außerschulischen Partnern fördert. Wir wollen, dass sich durch unsere Reformen die Schule zu einem Haus des Lebens und Lernens entwickelt.

### 4. Gemeinsame Bildungsstandards

- Bei einem Wohnortwechsel können Eltern mit Recht verlangen, dass ein Schulwechsel für ihre Kinder keine Probleme aufwirft. Um Qualität und eine hohe Vergleichbarkeit sowohl der Bildungssysteme in den einzelnen Ländern als auch der Schulen innerhalb eines Landes zu gewährleisten, wird die SPD die Weiterentwicklung und Verbesserung gemeinsamer Bildungsstandards vorantreiben.

## III. Ausbildung

Deutschland verfügt mit der dualen Ausbildung über ein gutes Berufsbildungssystem. Die Kombination von praktischem Lernen im Betrieb und schulischem Lernen bereitet die Jugendlichen optimal auf die Berufswelt vor. Doch haben sich in den letzten Jahren Defizite im System gezeigt. Zu viele Jugendliche finden keinen Ausbildungsplatz und müssen nach der Schule mit Überbrückungsmaßnahmen Vorlieb nehmen. Die Ausbildung junger Menschen darf von den Betrieben nicht als Belastung empfunden werden. Vielmehr ist sie - besonders auch hinsichtlich des prognostizierten Fachkräftemangels in Deutschland - eine unverzichtbare Investition in die wirtschaftliche Zukunft und in die eigene betriebliche Entwicklung.

Wir wollen den Jugendlichen das nötige Rüstzeug mit auf den Weg geben, um eine berufliche Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können. Ein erfolgreicher Schulabschluss ist dabei die Voraussetzung. Gleichzeitig müssen die Jugendlichen schon in den allgemeinbildenden Schulen gut auf die Berufswelt vorbereitet werden.

### 1. Duale Ausbildung stärken

- Wir wollen die duale Ausbildung stärken. Dazu werden wir auf der Grundlage von Beruflichkeit die zersplitterten Ausbildungsberufe zu Berufsfamilien zusammenfassen und die Ausbildung entsprechend transparenter und effizienter organisieren.
- Dabei werden wir auch die Möglichkeiten verbessern, im Rahmen einer dualen Ausbildung einen höheren Schulabschluss zu erwerben.

## 2. Übergangssystem straffen

- Wir sagen sinnlosen Warteschleifen im Übergang von der Schule zur beruflichen Ausbildung den Kampf an. Die sinnvollen Angebote für die jungen Menschen, die auf ihrem Weg zur Ausbildungsreife unsere vorübergehende Unterstützung benötigen, werden wir effizienter und transparenter gestalten.
- Mit dem Ausbildungsbonus setzen wir ein Zeichen für diejenigen, denen es in den vergangenen Jahren nicht gelungen ist, nach der Schule unmittelbar einen Ausbildungsplatz zu finden. Diese sogenannten Altbewerber nehmen wir mit der Initiative von Arbeitsminister Olaf Scholz in den Fokus. Wir widmen ihnen unser besonderes Augenmerk in einer Zeit, in der der Ausbildungsstellenmarkt den aktuellen Schulabgängern gute Perspektiven bietet. In dieser günstigen Situation fördern wir 100.000 Altbewerber und ihre ausbildenden Betriebe, um für diese Jugendlichen den Weg in duale Ausbildung doch noch zu eröffnen.
- Wir werden vor allem das Angebot einer Berufseinstiegsbegleitung in ein dauerhaftes, verlässliches Instrument verwandeln. Damit helfen wir den Jugendlichen bei ihrem Wechsel von der Schule in den Beruf insbesondere dann, wenn das Elternhaus diese Hilfe selbst nicht ausreichend bieten kann. Jeder Jugendliche, der der Hilfe bedarf, erhält einen Begleiter seines Vertrauens, der ihn unterstützt. Bei Bewerbungen, bei der Suche, beim Eintritt in die Ausbildung und bei schwierigen Situationen in den ersten Monaten nach Ausbildungsbeginn.

## 3. Ausbildungspakt weiterentwickeln

- Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in den vergangenen Jahren dank der gemeinsamen Anstrengungen der Partner des „Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs“ und der guten Konjunktur deutlich verbessert.
- Wir werden den Ausbildungspakt weiterentwickeln und an die Anforderungen von Ausbildungs- und Arbeitsmarkt anpassen.
- Trotz aller Erfolge des Ausbildungspakts gibt es noch zu viele Unternehmen, die sich ihrer Verantwortung für die Ausbildung entziehen. Wir erwarten, dass weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, damit tatsächlich alle Jugendlichen eine Ausbildung erfolgreich absolvieren können. Dabei muss eine hohe Qualität der Ausbildung gewährleistet sein, damit Jugendliche zukunftsichernde Qualifikationen erwerben können.

## IV. Weiterbildung

Der Weiterbildung kommt eine doppelte Schlüsselrolle zu. Nur mit ihrem Ausbau wird es erstens gelingen, jeder und jedem Einzelnen die Möglichkeit zu sichern, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen kontinuierlich zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Davon profitieren zweitens vor allem auch die Unternehmen, die mit differenzierten und maßgeschneiderten Qualifizierungsangeboten flexibel auf Anforderungen von Markt, Betrieb und Technik reagieren können. Ohne eine systematische Weiterbildung ist die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen über die gesamte Erwerbsbiographie hinaus nicht zu sichern. Unser Ziel ist es, die Beteiligung an der formalisierten Weiterbildung bis 2015 auf 60 Prozent zu erhöhen (2007: 43 Prozent). Die SPD wird insbesondere die Maßnahmen zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung von Geringqualifizierten ausweiten. Jeder und jede soll die zweite oder dritte Bildungschance ohne Hindernisse nutzen können.

### 1. Bundeseinheitliche Regelungen für die Weiterbildung schaffen

- Wir wollen ein Erwachsenenbildungsfördergesetz einführen und die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen sowie die Leistungen des Staates zusammenführen. Die rechtliche Zersplitterung der Weiterbildung soll damit überwunden werden.

### 2. Rechtsanspruch auf Nachholen eines grundlegenden Schulabschlusses einführen

- Wir wollen eine Kultur der „Zweiten Chance“ voranbringen. Jeder Schulabgänger und jede Schulabgängerin ohne Abschluss soll das Recht erhalten, einen grundlegenden Schulabschluss gefördert durch die Bundesagentur für Arbeit nachzuholen.
- Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeiten für einen nachholenden Berufsabschluss verbessern. Wir lassen niemanden zurück.

### 3. Arbeitsversicherung statt Arbeitslosenversicherung

- Wir wollen die Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln. Sie soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall eingetreten ist. Das Ziel ist die Risiken einer Erwerbsbiographie besser abzusichern und die Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. In der Arbeitsversicherung spielt die Förderung der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens eine Schlüsselrolle. Dazu müssen neue Instrumente für eine möglichst umfassende Weiterbildungsbeteiligung der Unternehmen und der Beschäftigten und neue Finanzierungsformen entwickelt werden. Die SPD wird dazu im Herbst 2008 ein Konzept vorlegen.

## V. Hochschule

Sozialdemokratische Hochschulpolitik hat das Ziel, möglichst vielen Menschen aus allen gesellschaftlichen Schichten den Abschluss eines Studiums zu ermöglichen. Im Ergebnis sollen mehr Menschen einen akademischen Bildungsabschluss erreichen. Damit steigen die Erwerbschancen für jeden Einzelnen. Nur so kann der steigende Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften und international wettbewerbsfähigen, wissensbasierten Innovationen abgedeckt werden.

### 1. Das Studium gebührenfrei gestalten

- Die SPD steht für ein gebührenfreies Erststudium bis einschließlich zum Masterabschluss. In keinem der SPD-regierten Länder wird es daher Studiengebühren geben.

### 2. Das BAföG stärken

- Für die SPD ist das BAföG das zentrale Instrument, um im Bildungssystem für einen sozialen Ausgleich zu sorgen und Chancengleichheit herzustellen. Wir haben zum Wintersemester 2008/09 durchgesetzt, dass das BAföG um 10 Prozent erhöht wird. Auch zukünftig werden wir das BAföG kontinuierlich den Rahmenbedingungen anpassen.
- Die SPD will, dass Jugendliche unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern die Chance haben, das Abitur zu erreichen. Mittelfristig streben wir an, das Schüler-BAföG zu stärken und es wieder zu einem Instrument des sozialen Ausgleichs auszubauen. Schüler und Schülerinnen aus einkommensschwachen Familien sollen auf dem Weg zum Abitur ab der 11. Klasse finanziell unterstützt werden. Die Union hat unter der Kohlregierung das Schüler-BAföG empfindlich zurückgefahren, so dass heute nur wenige Jugendliche die Förderung erhalten können. Mit einem Schüler-BAföG wollen wir die Chancengleichheit in der schulischen Bildung verbessern und die Zahl der Hochschulzugangsberechtigten erhöhen.
- Wir wollen die Altersgrenze beim BAföG über das 30. Lebensjahr anheben, damit ein Studium auch zu einem späteren Zeitpunkt im Leben aufgenommen werden kann.

### 3. Die Hochschule für Fachkräfte ohne Abitur öffnen

- Die SPD wird die Hochschulen für beruflich Qualifizierte ohne Abitur öffnen und so die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen. Dafür werden wir einen bundesweit einheitlichen und erleichterten Hochschulzugang für Fachkräfte ohne Abitur durchsetzen und neue finanzielle Anreize sowohl für die Studierenden als auch für die Hochschulen setzen.  
Wir wollen, dass ein Meister-Abschluss oder ein vergleichbarer Abschluss für ein Hochschulstudium qualifiziert. Auch wer eine Berufsausbildung abschließt und über Berufserfahrung verfügt, muss einen fachgebundenen Hochschulzugang erhalten können.
- Bereits im Betrieb oder über die berufliche Ausbildung erworbene Kompetenzen sollen für Personen mit und ohne Abitur verlässlich angerechnet werden.
- Das Hochschulstudium muss sich an die unterschiedlichen individuellen Lebensformen der Studierenden anpassen. Dafür muss das Studium flexibel gestaltet und ein strukturiertes Teilzeitstudium auch als berufsbegleitendes Studium ermöglicht werden. Wir wollen berufsbegleitende Teilzeitangebote an den Hochschulen ausbauen. Der BAföG-Bezug soll auch während eines zeitlich flexibler gestalteten Studiums möglich sein. Die SPD wird dafür ein Konzept entwickeln.
- Wir wollen den Zugang zu Masterprogrammen auch für beruflich Qualifizierte öffnen.

#### 4. Die Studienstrukturreform zur Qualitätsentwicklung der Lehre nutzen

- Die Umstellung auf Bachelor/Master-Studiengänge muss dazu genutzt werden, die Abbrecherquote zu verringern.
- Die SPD fordert, dass der durch die Studienstrukturreform erhöhte Beratungsbedarf der Studierenden abgesichert wird und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen ihre Studienziele zu erreichen.
- Die SPD wird den Ausbau von Mentoring-Programmen an den Universitäten vorantreiben.
- Wir wollen zudem das Angebot für Duale Studiengänge ausbauen und attraktiver gestalten. Sie können einen herausragenden Beitrag zur Sicherung unseres Fachkräftebedarfs leisten.

#### 5. Einen Systemwechsel in der Hochschulfinanzierung herbeiführen

- Die SPD bekennt sich zum konsequenten Ausbau von Studienkapazitäten. Der Hochschulpakt II muss ein „Pakt für die Studierenden“ werden. Der „Pakt für die Studierenden“ soll sowohl Quantität als auch Qualität der Lehre verbessern. Gute Lehre muss innerhalb der Hochschule den gleichen Stellenwert haben wie gute Forschung.
- Die SPD fordert, dass im Rahmen des Hochschulpakts II Bund und Länder gemeinsam vereinbaren, das Modell „Geld folgt den Studierenden“ (Vorteilsausgleich) schnellstmöglich einzuführen. Nur so kann der Zustrom der Studierenden in den kommenden Jahren bewerkstelligt und eine gerechte Verteilung der Lasten gesichert werden. Ein solches System gewährleistet die gewünschte Mobilität der Studierenden, fördert die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und einen fairen Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Formen der Hochschulfinanzierung in Deutschland. Das damit etablierte Wettbewerbssystem setzt Anreize dafür, das Studienplatzangebot der Hochschulen sowohl in quantitativer wie qualitativer Hinsicht zu verbessern. Es wird somit ein positiver Wettbewerb der Länder um Studierwillige einsetzen.
- Wir wollen, dass das Studium in Deutschland für Studierende aus dem Ausland noch attraktiver wird. Der Bund und die Länder stehen dafür in einem Modell „Geld folgt Studierenden“ in der Verantwortung.

#### 6. Exzellenzinitiative weiterführen

- Die SPD hat mit der Exzellenzinitiative I bedeutende inhaltliche Impulse für die deutsche Wissenschaftslandschaft gesetzt. Diese positive Entwicklung muss fortgesetzt werden.
- Die SPD fordert die Weiterführung der Exzellenzinitiative mit der Vorgabe, dass auch Länder/Regionen mit Nachholbedarf beim Aufbau von Spitzenwissenschaften unterstützt werden. Dies gilt auch für die Ansiedlung von gemeinsam finanzierten Forschungseinrichtungen (z.B. MPG/HGF) in Ländern/Regionen ohne gewachsene Wissenschaftsstrukturen.
- Die SPD wird den Schwerpunkt der Exzellenzinitiative II bei der Nachwuchsförderung (Graduiertenschulen) sowie bei der Förderung exzellenter Fachgebiete (Exzellenzcluster) setzen.

**Aufstieg durch beste Bildung ermöglichen, das ist Herzstück sozialdemokratischer Politik.** „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“ war in der 145-jährigen Tradition der SPD immer ein wichtiges Motiv im Kampf für eine bessere Zukunft. Auch heute unter veränderten Bedingungen stellen wir deshalb die Bildungspolitik in das Zentrum unseres Handelns. Bildung befähigt den Menschen, ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Leben zu führen. Sie ist eine grundlegende Voraussetzung für ein tolerantes und demokratisches Miteinander in unserer Gesellschaft.